Stadt Plauen
Verwaltungsausschuss

Plauen, 13. November 2013

Niederschrift
über die 42. Sitzung des Verwaltungsausschusses

Sitzung am :	Mittwoch, den 06.11.2013
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:15 Uhr

Anwesenheit:

Name	**Bemerkung**
Vorsitzender	
Bürgermeister Sárközy	
Stimmberechtigtes Mitglied	
Herr Hansgünter Fleischer	
Herr Sven Gerbeth	ab TOP. 1.3.
Herr Wolfgang Hinz	
Herr Rainer Maria Kett	
Frau Juliane Pfeil	ab TOP 2.1. bis TOP 3.3.
Frau Gabriele Weiß	
Herr Hansjoachim Weiß	
Herr Steffen Zenner	
Beratendes Mitglied	
Herr Waldemar Deschner	ab TOP. 2.1.
Herr Torsten Dolata	
Herr Volker Freitag	
Herr Uwe Gerald Geisler	bis TOP 3.1.
Frau Gabriele Lorenz	
Frau Heike Pietschmann	
Stellvertretendes Mitglied	
Frau Uta Seidel	Vertretung für Frau Michaele Wohlrab

Abwesende:

Name	**Bemerkung**
Stimmberechtigtes Mitglied	
Frau Michaele Wohlrab	entschuldigt
Beratendes Mitglied	
Herr Oliver Bittmann	entschuldigt

Herr Arndt Fröhlich	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	
Frau Karliner	Fachgebietsleiterin Personal/Organisation	gesamte Sitzung
Frau Weck	Leiterin Pressestelle	gesamte Sitzung
Herr Uebel	Leiter Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Herr Grasse	Fachbereichsleiter Zentrale Dienste	bis TOP 3.
Herr Kretzschmar	Fachgebietsleiter Bürgerbüro/Service/Wahlen	bis TOP 3.
Frau Fielitz	Beauftr. f. Datenschutz- u. Korruptionsvorb.	bis TOP 4.
Frau Spranger	Controlling	bis TOP 2.4.
Frau Jacob	Sachbearbeiterin Öffentlichkeitsarbeit	bis TOP 2.3.

Weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Stadtrat Jäger	Fraktion DIE LINKE. – bis TOP 2.4.
Frau Neugebauer	FG Pass- u. Meldewesen – bis TOP 2.4.
Herr Piontkowski	Vogtlandanzeiger – öffentl. Teil
Herr Berger	Freie Presse – öffentl. Teil

Tagesordnung:
öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
1.1. Tagesordnung
1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 41. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 09.10.2013
1.3. Beantwortung von Anfragen
2. Information
2.1. Information zu Städtepartnerschaften (Präsentation)
2.2. Information zum Zensus 2011
Drucksachennummer 783/2013
2.3. Information zur Terminbestimmung für die Wahl des Oberbürgermeisters und die eventuelle Neuwahl 2014 (Anlage)
2.4. Information zur Abfallgebührenproblematik - Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 248-13 - Stellungnahme der Verwaltung
3. Vorberatung
3.1. Satzung zur 4. Änderung der Entschädigungssatzung
Drucksachennummer 811/2013
3.2. Wahl des Gemeindewahlausschusses für die Kommunalwahlen 2014
Drucksachennummer 813/2013
3.3. Wahlkreiseinteilung für die Stadtratswahl am 25.05.2014
Drucksachennummer 814/2013
4. Antrag der FDP-Fraktion bezüglich der Einführung von Liveübertragung in öffentlichen Sitzungen, Reg.-Nr. 247-13 - Stellungnahme der Verwaltung und Stellungnahme DSB (wird zur Sitzung ausgereicht)
5. Verschiedenes

Vor Beginn der Sitzung wurde an die Stadträte und sachk. Einwohner ausgereicht:

- Stellungnahme der Verwaltung und Stellungnahme DSB zum Antrag der FDP-Fraktion bezüglich der Einführung von Liveübertragung in öffentlichen Sitzungen, Reg.-Nr. 247-13 -
- Ausreichung zur Präsentation der Städtepartnerschaften

1. Eröffnung der Sitzung

Die 42. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Bürgermeister Sárközy eröffnet und geleitet.

Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift über den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil werden Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, und Stadträtin Gabriele Weiß, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, vorgeschlagen und bestätigt.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung für die 42. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 41. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 09.10.2013

Bürgermeister Sárközy stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 41. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 09.10.2013 fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, merkt an, dass er zu seiner Anfrage und den Hinweisen zum Thema Abfall aus der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses keine Antwort erhalten hat.

Bürgermeister Sárközy verweist auf den TOP 2.4. Information zur Abfallgebührenproblematik und würde den Sachverhalt unter diesem TOP nochmals aufrufen.

2. Information

2.1. Information zu Städtepartnerschaften (Präsentation)

Frau Weck, Leiterin Pressestelle, präsentiert die Power- Point-Präsentation. Während der Präsentation stellt sie richtig, dass die Partnerschaft zur Stadt Pabianice seit 19.11.2005 besteht (Ausreichung Seite 6 unten). Die Präsentation wurde auf Wunsch des Beirates für Städtepartnerschaften erarbeitet und beinhaltet die Partnerschaften/Patenschaften sowie Bezuschussung und Richtlinien zur Bezuschussung. Sie informiert, dass Städtepartnerschaften ein Teil des Aufgabengebietes von Frau Carolin Jacob, Sachbearbeiterin Öffentlichkeitsarbeit, darstellt. Frau Jacob war auch mit der Betreuung der U-Boot Besatzung betraut.

Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., merkt an, dass er die Städtepartnerschaften pflegt und alle Partnerstädte kennt. Er begrüßt den Kontakt zwischen der Bevölkerung und den Sportvereinen. Die Stadt muss international und offen für Gäste sein, was ein gewisses Budget bedarf. Als Beispiel führt er den Besuch in der Partnerstadt Cegléd an. Hier erlebte man ein anderes Betreuungsniveau aufgrund der besseren Finanzlage. Er würde sich wünschen, nicht nur den Gästen die Stadt Plauen, sondern auch die Region, das Vogtland zeigen zu können.

Bürgermeister Sárközy merkt an, das außer einer großzügigen Bewirtung auch das Kennenlernen der Partnerstadt zu einer guten Städtepartnerschaft gehört.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, möchte als Information mitgeben, dass Schulpartnerschaften entsprechend der Finanzsituation des Sächsischen Haushalts gefördert werden. Dazu ist das Interesse bei den Schulen zu wecken. Es ist darauf zu achten, dass Förderungen gekürzt werden können, wenn Drittmittel, z. B. Förderung durch die Stadt, gegeben werden. Er schlägt vor, über den Beirat nochmals den Kontakt mit den Schulleitern unserer Schulen zu suchen und für dieses Thema zu werben. Ihm ist bekannt, das in den Partnerstädten

Cegléd und Steyer Interesse besteht.

Stadträtin Juliane Pfeil, SPD-Fraktion, sieht diese Präsentation als Möglichkeit und sollte aus ihrer Sicht heraus genutzt werden, dass die Fraktionen Kritik oder Wünsche außerhalb des Beirates äußern, wo sie sich mehr Mitarbeit bzw. größere Unterstützung wünschen würden.

Weiterhin hätte Stadträtin Pfeil gerne gewusst, ob in naher Zukunft weitere Partnerschaften geplant sind.

Bürgermeister Sárközy: Es müsste unser Bemühen sein, Städtepartnerschaften lebendig zu gestalten und in die Breite zu tragen, in die Vereine und Schulen. Die Fraktionen können sehr stark tätig werden und diesen Prozess unterstützen.

Frau Weck, Leiterin Pressestelle, sieht es als Imagefaktor für die Stadt Plauen, die jüngste Big Band Deutschlands zu haben, und Gäste aus Šiauliai zum Gegenbesuch begrüßen zu können. Die Finanzierung zeigt sich als Kraftakt. Es steht immer eine Frage, was können und wollen wir uns als Stadt leisten. Anknüpfend an die Ausführungen von Stadtrat Hinz erklärt Frau Weck, dass wir die Delegationen bei ihren Aufenthalten in Plauen genauso gastfreundlich begrüßen. Natürlich ist z. B. ein Aufenthalt der Big Band eine große Herausforderung. Frau Weck richtet nochmals die Bitte an die Stadträte, solche Begegnungen zu unterstützen und zu fördern evtl. auch über Sponsoring. Im Zusammenhang mit den Städtepartnerschaften verweist sie auf die Geschäftsordnung des Beirates.

Weitere Partnerschaften sind im Moment nicht geplant. Die Stadt Plauen hat 7 Partnerstädte und ist gefordert, diese Partnerschaften mit Leben zu erfüllen. Aus Sicht der Verwaltung gibt es im Moment keine Bestrebungen.

Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, ergänzt die Ausführungen von Frau Weck hinsichtlich der Aktivitäten der Partnerstädte Siegen und Plauen. Er merkt an, dass eine gute Partnerschaftsarbeit am Engagement der Personen liegt. Die Verbindung zu dem Schachclub in Siegen wurde durch ihn angeregt. Die Marinekameradschaft empfand den Aufenthalt in Plauen als sehr angenehm. Eine Fahrt durch das Vogtland und das benachbarte Tschechien stand auf dem Programm. Am kommenden Wochenende ist im e.o. plauen Haus ein Schachabend. Er ist sich sicher, dass ein Vater und ein Sohn aus Siegen daran teilnehmen. Das sieht Stadtrat Fleischer als gelebte Partnerschaft.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, möchte als Stadtrat an die Diskussionen erinnern, wie viel Partnerstädte die Stadt Plauen haben sollte.
Es ist immer ein Aufwand, Kontakte zu pflegen. Ein Problem stellt auch die Entfernung dar. In der Fraktion gab es schon über eine Partnerschaft mit Israel Gedanken, ob wir uns das leisten und die Verantwortung tragen können. Es bestehen funktionierende Partnerschaften zu 7 Städten. Jede Fraktion sollte sich nochmals Gedanken machen, ob wir noch mehr Verantwortung tragen können.

Zur Frage von Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, führt Frau Jacob, Sachbearbeiterin Öffentlichkeitsarbeit, aus, dass man Begegnung pro Gast in Plauen unterscheiden muss. Die 2.500,00 Euro sind ausschließlich für die Begegnung zwischen Vereinen und Schulen vorgesehen.
Wenn es mehrere Gastpersonen waren wurde im Beirat beraten, ein Vorschlag für den Finanzausschuss vorbereitet und ggf. mehr als 150,00 EUR bezuschusst. Ein Betrag von 5,00 EUR pro Gastperson deckt bei weitem nicht die anfallenden Kosten über einen längeren Zeitraum.

Weiterhin ist Stadtrat Gerbeth bekannt, dass im Protokoll des letzten Ausschusses für Städtepartnerschaften ein Antrag des AC Atlas Plauen nicht positiv beschieden werden konnte. Waren das finanzielle Gründe oder möchte man die Beziehungen bewusst nicht über die Stadt Pabianice ausdehnen?

Frau Jacob, Sachbearbeiterin Öffentlichkeitsarbeit, erläutert, dass es bereits eine Begegnung gab. Darüber wurde im Beirat diskutiert. Ein Problem ist, dass zur Stadt Konstantinow keine direkte Partnerschaft besteht. Vergangenes Jahr wurde eine Ausnahme getroffen und die Fahrt des AC Atlas Plauen unter der Bedingung bezuschusst, dass ein Besuch im Rathaus von Pabianice stattfindet. Nach einstimmigem Beschluss des Beirates wurde der Gegenbesuch finanziell nicht weiter unterstützt. Frau Jacob verweist auf die vorhandene Richtlinie.

Frau Lorenz, sachkundige Einwohnerin, CDU, möchte ihren Dank an die Pressestelle aussprechen über die rechtzeitige Information an die Fraktionen bei Besuchen der Partnerstädte oder anderen Aktivitäten in diesem Zusammenhang. Im Laufe der Jahre hat sich die Zusammenarbeit sehr gut entwickelt.
Die Entscheidung zu AC Atlas Plauen findet sie richtig.

Stadtrat Kett nimmt die Anmerkungen zur Frage und Antwort von Stadtrat Gerbeth auf und ergänzt seine vorherigen Ausführungen dahingehend, dass die Förderung von Schüleraustausch im Verhältnis relativ großzügig bemessen ist. Noch besser ist die Förderung, wenn man nicht nur bilaterale Kontakte pflegt (Schule Plauen/Schule Ungarn) sondern wenn es eine trilaterale Begegnung wird. Hier greifen europäische Programme, die auch beträchtliche Fördersummen zur Vorbereitung beinhalten. Es bedarf allerdings einer 2 bis 3 jährigen Vorlaufzeit.
Die Unterstützung eines Vereins bei der Förderung und Herstellung von Kontakten ist für die Schulen hilfreich. Dabei ist auf die Förderrichtlinien zu achten.

Herr Dolata, sachkundiger Einwohner, SPD-Fraktion., bedankt sich für die Unterstützung für den AC-Atlas Plauen.

2.2. Information zum Zensus 2011
Drucksachennummer 783/2013

Herr Kretzschmar, FGL Bürgerbüro/Service/Wahlen, informiert zum Inhalt der Vorlage.
Er weist darauf hin, dass der kommunalen Statistikstelle der Stadt Plauen die Einzeldatensätze vom Statistischen Landesamt nun zur Verfügung stehen. Nach deren Auswertung würde er ggf. nochmals dazu ausführen.

Bürgermeister Sárközy merkt dazu an, dass nach Vorlage der Auswertung die Gebäudestatistik als Thema für den Bau- und Umweltausschuss vorgesehen ist.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, hätte gern gewusst,
- ab wann das Ergebnis des Zensus haushaltswirksam wird und
- wie sich das auf den Schuldenstand auswirkt.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, fragt nach Regularien.

Herr Kretzschmar verweist auf die 2 gesetzlichen Regelungen. Das SMI hat dem SSG zugearbeitet, welche Regelung wann in Kraft tritt. Das Dokument ist im Intranet hinterlegt. Inwieweit für Bereiche spezielle Regelungen und die neue Zensuszahl gelten, ist dort zu lesen.
Die Zensuszahl ist gültig ab dem Tag der Bekanntgabe. Durch das statistische Landesamt erfolgte eine rückwirkende Aktualisierung der Zahlen. Für die Bereiche ist die Gültigkeit im Gesetz geregelt.
Als Beispiel führt er die gesetzliche Regelung an, dass zur Kommunalwahl die Vorzensuszahl zu verwenden ist.

Herr Uebel, Leiter RPA, führt zum Thema Schuldenstand aus, dass 850 EUR Pro-Kopf-Verschuldung die vom Gesetzgeber vorgegebene Größenordnung ist, welche die Stadt in den zurückliegenden Jahren erreichen konnte. Zu den Auswirkungen des Zensus kann er im Moment keine Aussage treffen. Es ist zu bedenken, dass sich auch die früheren Einwohnerzahlen

immer rückwirkend bezogen haben. Es war keine identische Größenordnung zum lfd. Jahr. Tatsache ist – wie Stadtrat Weiß richtigerweise angedeutet hat – wenn die Einwohnerzahlen zurückgenommen werden, werden wir mit großer Wahrscheinlichkeit bei einer Berechnung über 850 EUR Pro-Kopf-Verschuldung liegen.

Herr Kretzschmar verweist auf die Seite 5 der Vorlage. Hier findet man den Link zu den SSG Mitteilungen.

Stadtrat Steffen Zenner, CDU-Fraktion, interessiert, woran es liegt, dass Plauen durchschnittlich mehr Einwohner verloren hat als Sachsen und durchschnittlich mehr als der Vogtlandkreis. Er nimmt Bezug auf die Angaben auf Seite 6 der Vorlage.

Zur Frage von Stadtrat Zenner führt Herr Kretzschmar aus, dass die Zahlen nur analysiert und nicht hinterfragt werden können. Das wäre ein Thema, was er an Bürgermeister Sárközy zurückweisen möchte. Aus haushaltstechnischen Gründen ist eine Befragung auf das Jahr 2016 oder 2017 vertagt.

Bürgermeister Sárközy wird sich mit der Auswertung befassen, da dies auch für die Entwicklung der Stadt wichtig ist.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Verwaltungsvorlage mit der Drucksachennummer 783/2013 zur Kenntnis.

Information:

Der Oberbürgermeister informiert über das Ergebnis und die Aufbereitung der Daten aus dem Zensus.

2.3. Information zur Terminbestimmung für die Wahl des Oberbürgermeisters und die eventuelle Neuwahl 2014 (Anlage)

Herr Grasse, Leiter Fachbereich Zentrale Dienste, informiert zum Inhalt des Schreibens.
Er weist darauf hin, dass von den Fristen her eine Beschlussfassung im Dezember ausreichen würde, wenn im Dezember der Beschlussvorschlag eingereicht und bis dahin feststeht, wann die Landtagswahl stattfindet. Aufgrund der Verlängerung der Bekanntmachungsfristen würde auch die Stadtratssitzung Anfang Februar noch in Frage kommen.

2.4. Information zur Abfallgebührenproblematik - Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 248-13 - Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., führt zum Antrag aus.
Er macht darauf aufmerksam, dass es zurzeit bei der Bevölkerung zu einer gewissen Unsicherheit führt, da es keine klaren Aussagen zum Thema Abfallentsorgung gibt. Ihm ist bewusst, dass der Landkreis Träger der Abfallentsorgung ist und einige Fragen im Moment von der Stadt nicht beantwortet werden können. Trotzdem sollten wir als Plauener unsere Interessen einbringen.
Wir bitten, dass in der Stadtratssitzung im November, nichtöffentlicher Teil, eine Information zum Geschehen und zur Verfahrensweise erfolgt - wie die Stadt gegenüber dem Vogtlandkreis vorgeht.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, möchte, dass seine Anfrage aus dem letzten Verwaltungsausschuss, auf die er bisher noch keine Antwort erhalten hat, in die gleiche Richtung zielt.
Aus Sicht der CDU-Fraktion wird die Stadt Plauen gegenüber dem Landkreis nicht genügend aktiv. In der Auseinandersetzungsvereinbarung wurden Regelungen getroffen, in denen wir immer 2. Sieger waren. Das ist vom Gesetz nicht anders gewollt und muss so zur Kenntnis genommen werden. Es bedeutet aber nicht, dass man bei existierenden Problemen nicht aktiv werden kann. Er verweist auf einen heute im Vogtlandanzeiger stehenden Artikel der ausdrückt, was in den letzten

Monaten zur Abfallgebührenproblematik diskutiert wurde. Gegenüber dem Bürger/Gebührenzahler erwartet er eine gewisse Offenheit.

Stadtrat Weiß ist nach wie vor der Auffassung, dass die Ursache für die Unterdeckung der Stadt Plauen nicht durch die Stadt Plauen und auch nicht durch das System entstanden ist, sondern ausschließlich – wie wir jetzt schriftlich vom Landrat erhalten haben – durch die drohende Insolvenz der DSG in den Jahren 2009 bis 2011. Es ist aus seiner Sicht nicht gerechtfertigt, den Gebührenzahler dies zahlen zu lassen.
Mitte der 90er Jahre hat der Landkreis, in Persona des Herrn Georgi, die Stadt überzeugt, diese Anlage im Landkreis zu bauen. Als Stadt konnten wir nicht anders als zuzustimmen. Es ist die teuerste Müllentsorgung in ganz Sachsen.
Es wurde mehrfach die Zusammenarbeit der beiden Müllausschüsse auch im Zusammenhang mit der neuen Gebührensatzung gefordert, was nicht erfolgte.
Stadtrat Weiß sieht ein ernsthaftes Problem, wenn am 5. Dezember im Kreistag die 2 Gebührensatzungen beschlossen werden sollen, die bis zum heutigen Tag weder den Kreis- noch den Stadträten noch den beiden Müllausschüssen bekannt sind.
Zu Pkt. 4 der gestellten Anfrage im letzten Verwaltungsausschuss hat Stadtrat Weiß eine Antwort vom Landkreis bereits erhalten.
Ihn würde interessieren, welche Vertreter der Stadt Plauen haben bei der Erhöhung der Restmüllpreise von 100 auf 180 EUR mitgewirkt. Auch wenn falsch informiert wurde, es war kein Vertreter der Stadt Plauen dabei.
Ferner vertritt er die Auffassung, dass die Beteiligten mit der Stadt über die nicht ausreichende Rücklage sprechen müssen. Es ist nicht richtig im Nachhinein zu sagen, die Unterdeckung ist auf das Plauener System zurückzuführen. Diese Unterdeckung hätte der Vogtlandkreis oder der Gesellschafter ausgleichen müssen - nicht der Gebührenzahler.

Bürgermeister Sárközy informiert, dass eine gemeinsame Ausschusssitzung im Vogtlandkreis avisiert ist. Er versteht die Wortmeldung dahingehend, dass es auch um eine Zusammenarbeit der Sachbearbeiter auf inhaltlicher Ebene geht und nicht nur auf politischer Ebene.

Frau Spranger, Controlling, erhielt heute die Information, dass der Landkreis einer Zusammenarbeit dieser beiden Müllausschüsse positiv gegenüber steht. Herr Brückner, Leiter Büro OB, hat sie vor dem Verwaltungsausschuss informiert, dass er Herrn Alboth, Vorsitzender des Abfallausschusses, zur weiteren Veranlassung der Zusammenarbeit mit dem Vogtlandkreis angeschrieben hat.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, denkt, dass sich an der grundsätzlichen Ausgangslage nichts ändern wird, auch wenn die beiden Müllausschüsse zusammenarbeiten. Er resümiert:
1. Übergang der hoheitlichen Aufgabe „Restmüllentsorgung“ an den Vogtlandkreis.
2. Vor Jahren wurde der Beschluss zum Bau dieser Anlage in Oelsnitz auch von uns mit gefasst.

Jetzt haben wir die Situation, dass die Kosten sehr hoch sind. Wir waren in den Gremien des Kreises. Wir waren auf dem Weg einer einheitlichen Gebührensatzung, die für die Plauener eine moderate Erhöhung der Gebührenbelastung bedeutet hätte.
Dann gab es den bekannten Stadtratsbeschluss und jetzt sind wir auf den Weg zu 2 Gebührengebieten. Wahrscheinlich wird die Belastung in Plauen größer sein. Letztendlich haben wir die schlechteren Karten.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE, weist darauf hin, dass in 4 Wochen der Kreistagsbeschluss ansteht. Das Hauptproblem sind die Kosten in Oelsnitz. Die Ausgangssituation war 2005, dass es keine Mülldeponie für unbehandelten Müll mehr geben wird. Es wurde auch nicht immer die Wahrheit gesagt. Er erinnert an Auftritte des damaligen Geschäftsführers der DSG, wo es hieß, wir haben keinerlei Risiko, kein Mengenrisiko, kein finanzielles Risiko - wir sind nur der Partner, der den Müll bringt. So wurde argumentiert. Letztendlich wurde auch unter dem Aspekt - keine Müllverbrennung im Vogtland - diesem Beschluss zugestimmt. Letztendlich ist keiner bereit zu sagen, wir haben einen riesigen Fehler gemacht, der uns jetzt auf die Füße fällt.

Weiterhin stört ihn, dass den Bürgern Plauens das Landkreissystem übergestülpt werden soll, ohne entsprechende Vorbereitung, ohne Abfallberatung, was zur hoheitlichen Aufgabe gehört.
Es gibt viele Unwägbarkeiten in dieser Angelegenheit, die ausgeschlossen werden müssen.
Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion: Stadtrat Weiß hat zu Recht kritisiert, dass auf seine Fragen noch keine Antwort vorliegt. Wie dann verfahren wird, ist etwas anderes. Er würde aber diesen Katalog, der mittlerweile 7 Fragen umfasst, um einen Aspekt ergänzen wollen.
Was ist die Ursache der ganzen Zwistigkeiten, vor allem bei den Preisen, die mit der Anlage in Zusammenhang stehen.

Zu den aufgelaufen Fragen sollte man eine Antwort erbitten und die Erarbeitung eines Abfallwirtschaftskonzeptes fordern, welches für die Bürger des Vogtlandes einschließlich der Stadt Plauen zu minimalen Gebühren führt. Als Beispiel führt er Rudolstadt an. Hier liegen die Abfallgebühren bei 50 EUR.

Frau Spranger, Controllerin, merkt an, dass sie sich um die Beantwortung der Anfrage von Stadtrat Weiß nochmals bemüht. Es ist ihr unverständlich, da die Zuarbeit abgefordert und erledigt wurde.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, informiert, dass eine gemeinsame Sitzung des Müllausschuss für den 25. November avisiert ist. Bis zur Kreistagssitzung am 05. Dezember bleibt kaum Zeit, Änderungen einzuarbeiten. Damit kann der Punkt 1. seiner Anfrage gestrichen werden.
Als Zweites gelten noch immer der in der Septembersitzung des Stadtrates mehrheitlich gefasste Beschluss und die öffentliche Aussage des Landrates, dass im 1. Quartal letztendlich über den Stadtratsbeschluss beraten werden könnte oder sollte. Der Stadtratsbeschluss sagt aus, dass wir aufgrund der Abfallwirtschafts- und Bodenschutzssatzung selbständig alles machen könnten.
Der zeitliche Ablauf - in einem gemeinsamen Ausschuss etwas zu regeln - ist nur ein Feigenblatt.
Für ihn gilt der Stadtratsbeschluss und die öffentliche Behauptung des Landrats über die Medien.

Stadtrat Hinz bittet um Information zum Thema Müllgebühren in der Sitzung des Stadtrates am 19. November 2013 im nichtöffentlichen Teil.

Bürgermeister Sárközy stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

3. Vorberatung

3.1. Satzung zur 4. Änderung der Entschädigungssatzung
Drucksachennummer 811/2013

Bürgermeister Sárközy bittet Herrn Grasse zur Vorlage auszuführen.

Herr Grasse, Leiter Fachbereich Zentrale Dienste, informiert zur Vorlage.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, würde die Vorlage befürworten. Die im Jahr 2014 stattfindenden 3 Wahlen bedeuten, eine hohe Bereitschaft zu erzielen. Die höhere Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit dient der Stimulierung. Es wäre interessant zu wissen, ob es eine Abstimmung mit anderen Kommunen gibt.

Herr Grasse erklärt zur Vergleichbarkeit der Kommunen, dass jede Kommune andere Regularien hat. Auf Anfrage in Zwickau und Görlitz liegen die Städte ähnlich.

Für Stadtrat Weiß wäre ein Vergleich mit den Städten Oelsnitz und Reichenbach interessanter.

Herr Grasse wird dies noch tun.

Stadträtin Gabriele Weiß, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ist prinzipiell damit einverstanden. Sie ist schon viele Jahre als Wahlhelferin tätig und führt das Ehrenamt gerne aus. Für die Gesellschaft leistet sie gerne diesen Beitrag, dafür waren wir 1989 zu Gange.

Herr Kretzschmar, FGL Bürgerbüro/Service/Wahlen, macht darauf aufmerksam, dass aufgrund der Einkreisung und dem damit verbundenen Personalverlust eigenes Personal nicht genügend zur Verfügung steht, welches aufgrund langjähriger Tätigkeit über ausreichend Kenntnis verfügt. Jetzt sind 84 % der Beisitzer ehrenamtlich. Bei den Vorständen kommen 37 % nicht aus der Stadtverwaltung.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachennummer 811/2013 zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Satzung zur 4. Änderung der Satzung der Stadt Plauen über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit (Entschädigungssatzung).

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

3.2. Wahl des Gemeindewahlausschusses für die Kommunalwahlen 2014
Drucksachennummer 813/2013

Bürgermeister Sárközy erklärt, dass der 3. Punkt des Beschlussvorschlages nicht konkret formuliert wurde. Deshalb schlägt er vor, nur eine Empfehlung zu den ersten beiden Punkten dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen. Zum 3. Punkt sind die Fraktionen aufgerufen, Vorschläge an die Verwaltung einzureichen. Er würde darum bitten, dass die Einreichung der Vorschläge noch vor der nächsten Sitzung des Ältestenrates erfolgt. Somit könnte die Vorlage entsprechend ergänzt und zur Sitzung des Stadtrates am 19.11.2013 vorgelegt werden.
Da es keine Gegenargumente gibt wird so verfahren.

Herr Kretzschmar, FGL Bürgerbüro/Service/Wahlen, informiert zum Inhalt der Vorlage. Er merkt an, dass die öffentliche Bekanntgabe im Mitteilungsblatt Februar 2014 erfolgt.

Die gestellten Anfragen zu diesem TOP wurden sofort beantwortet.

Bürgermeister Sárközy stellt die Punkte 1. und 2. des Beschlussvorschlages zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen den Punkten 1. und 2. des Beschlussvorschlages der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachennummer 813/2013 zu.

Beschlussvorschlag:

1. **Der Stadtrat beschließt, dass der Gemeindewahlausschuss, neben dem Vorsitzenden, aus 4**
   Beisitzern besteht.
2. **Der Stadtrat einigt sich über folgende Gemeindebedienstete als Vorsitzenden bzw. Stellvertreter des Gemeindewahlausschusses:**
   Vorsitzender: Fachgebietsleiter Bürgerbüro, Service, Wahlen, Herr Steffen Kretzschmar
   Stellvertreter: Fachbereichsleiter Zentrale Dienste, Herr Pierre Grasse
3. Der Stadtrat einigt sich über folgende Bewerber als Beisitzer und deren Stellvertreter im Gemeindewahlausschuss (wird nach Eingang der Vorschläge eingetragen):

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

3.3. Wahlkreiseinteilung für die Stadtratswahl am 25.05.2014

Drucksachennummer 814/2013

Herr Grasse, Leiter Fachbereich Zentrale Dienste, führt zur Vorlage aus.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, merkt an, dass die Fraktion noch keine Entscheidung getroffen hat. Er würde sich heute persönlich enthalten, die Vorlage dem Stadtrat aber auf jeden Fall empfehlen.

Herr Kretzschmar, FGL Bürgerbüro/Service/Wahlen, bittet das Thema zur nächsten Sitzung des Stadtrates nicht zu vertagen. Wenn ein Ergänzungsantrag gestellt wird, bittet er die Formulierung so zu wählen, dass wir auf der gleichen Position sind wie bei der Kreistagswahl.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, plädiert für 1 Wahlkreis, obwohl in der Fraktion das Thema noch nicht behandelt wurde.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., informiert, dass in der gestrigen Fraktionssitzung das Thema beraten wurde. Die Mehrheit sprach sich für 1 Wahlkreis aus.

Stadträtin Juliane Pfeil, SPD-Fraktion, merkt zur Diskussion an, dass die großen Parteien bevorteilt werden je mehr Wahlkreise es gibt. Letztendlich werden die Parteien auch so im Stadtrat vertreten sein. Schwieriger ist es für Initiativen und kleinere Parteien. Das sollte bei der Entscheidungsfindung beachtet werden.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachennummer 814/2013 zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, die Stadt Plauen wird für die Stadtratswahl am 25.5.2014 in einen Wahlkreis eingeteilt.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen

4. Antrag der FDP-Fraktion bezüglich der Einführung von Liveübertragung in öffentlichen Sitzungen, Reg.-Nr. 247-13 - Stellungnahme der Verwaltung und Stellungnahme DSB (wird zur Sitzung ausgereicht)

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, spricht zum Antrag der Fraktion.
Er bittet die Verwaltung, 2 oder 3 Varianten zur Möglichkeit von Liveübertragungen vorzulegen. Ferner merkt er an, dass sich die Stellungnahme der Verwaltung nur auf die Geschäftsordnung bezieht. Von wesentlichem Interesse ist, welche gesetzlichen Rahmenbedingungen im Freistaat Sachsen geändert werden müssen, dass solche Veränderungen erfolgen können. Dazu sollte sich der Stadtrat in seiner Sitzung im November positionieren.

Auf Nachfrage von Bürgermeister Sárközy wird nicht gewünscht, dass Frau Fielitz, Datenschutzbeauftragte, dazu noch ausführt.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erklärt, dass die CDU-Fraktion Vor- und Nachteile sieht. Er kann Kosten/Nutzen nicht einschätzen. Stadtrat Weiß vermutet, dass unter dem Aspekt der Öffentlichkeit mehr Redebeiträge als bisher unter „Verschiedenes“ erfolgen. Eine Übertragung für den Bürger sieht er positiv. Die beratenden Ausschüsse müssten nach seiner Auffassung dann ebenfalls einbezogen werden. Wir sollten uns überlegen, ob wir von der Bedeutung wirklich so groß sind, dass wir dem Bürger nicht zumuten können, bei Interesse im Ausschuss bzw. Stadtrat vorbeizukommen. Die Fraktion würde weder dafür noch dagegen stimmen. Am Ende ist es auch eine Kostenfrage.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, kann nur dringend davor warnen, so etwas machen zu wollen. Nach seinen Informationen ist eine gute Übertragungsqualität nur mit einem hohen finanziellen Aufwand zu erreichen.

Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., wird den Antrag ablehnen. Er schlägt vor, das Regionalfernsehen aufzufordern, öfters Stadtratssitzungen aufzuzeichnen.

Stadtrat Gerbeth verliest den geänderten Antrag.

Zweitens: entfällt

Erstens:
Die Verwaltung wird beauftragt, eine (oder mehrere) *technisch* tragfähige Möglichkeit(en) *mit finanzieller Untersetzung* zur, zunächst probeweisen, Einführung der Liveübertragung von öffentlichen Stadtratssitzung zu erarbeiten usw.

Bürgermeister Sárközy stellt den geänderten Antrag, wie er von Stadtrat Gerbeth vorgetragen wurde, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Bürgermeister Sárközy merkt an, dass der Antrag keine Mehrheit bekommen hat.
Es wird dem Stadtrat eine Ablehnung empfohlen.

5. Verschiedenes

Keine Wortmeldung.

Plauen, den	Plauen, den
Levente Sárközy Bürgermeister	Hansjoachim Weiß Stadtrat
Plauen, den 14.11.2013	Plauen, den
Winkler Schriftführer	Gabriele Weiß Stadträtin